

8.4.2020

Dr. Bernd Hunger

Auswirkungen der Corona – Pandemie auf das Leben und die Planung in Großsiedlungen

I

Überforderte Nachbarschaften vermeiden

Das Zusammenleben in den großen Wohngebieten der 1960er bis 1980er Jahre ist durch die Pandemie in besonderer Weise gefordert.

- Viele Menschen wohnen enger als in anderen Siedlungsformen zusammen. Hauseingänge, Treppenhäuser und Aufzüge müssen gemeinsam genutzt werden, Ansteckungsgefahren sind entsprechend hoch.
- Der Anteil von Familien und Alleinstehenden mit Kindern ist ebenso wie der Anteil Älterer häufig höher als in anderen Siedlungsformen. Das eigentlich wünschenswerte, derzeit aber gefährdende Aufeinandertreffen von Jung und Alt ist dadurch schwerer zu vermeiden.
- Familien und Alleinstehende mit Kindern haben in den großen Wohnsiedlungen überdurchschnittlich häufig beengte Wohnverhältnisse. Teilweise haben die Wohnungen weder Terrassen noch Balkone. Dem Wohnumfeld kommt daher besondere Bedeutung als Ausgleichsraum zu.
- Aufgrund des überdurchschnittlichen Anteils bildungsferner Haushalte sowie zugewanderter Haushalte mit sprachlichen Verständigungsproblemen ist konkrete Aufklärungsarbeit über die Gefahren des Virus im Wohnumfeld dringlich.

Das sind soziale und räumliche Bedingungen, die sich deutlich von den eher großzügigen Wohnverhältnissen in Einfamilienhausgebieten und Villenvierteln mit ihren Gärten unterscheiden.

Es ist bemerkenswert, mit welcher Ruhe und Besonnenheit die Menschen in den Großsiedlungen mit den mittlerweile zweiwöchigen Kontakteinschränkungen umgehen. Die Betreuungsleistungen der Wohnungsunternehmen und vieler anderer Akteure der Gemeinwesenarbeit haben daran ihren Anteil. Es gibt aber auch bereits erste Anzeichen für konflikthafte Situationen.

Politik und Verwaltung müssen sich im Klaren darüber sein: Die Nachbarschaften, die in benachteiligten Quartieren ohnehin große Integrationsleistungen schultern und damit andere Stadtviertel entlasten, brauchen besondere Unterstützung, damit keine Überforderung eintritt und Konflikte eskalieren.

II

Schlussfolgerungen für krisenfesten Wohnungs- und Städtebau

Robuste Stadttechnik

Die gegenwärtige Krise gibt Anlass für eine Wiederaufnahme der in den letzten Jahren in den Hintergrund getretenen Diskussion über resilienten Städtebau. Es geht um die Frage: Wie können Wohnquartiere krisenfest gemacht werden?

Der sensibelste Bereich ist zweifellos die technische Infrastruktur: Wasserver- und -entsorgung, Heizung und Strom, Verkehr Müllentsorgung und die digitalen Netze. Die Robustheit der vorhandenen Systeme gehört genauso auf den Prüfstand wie die Krisenanfälligkeit neuer Formen der Energieversorgung und der digitalen Prozesssteuerung.

Einfache Fragen stellen sich, wie z.B.: Wie sind Betreiber und Eigentümer auf Formen des Systemausfalls vorbereitet? Was funktioniert nicht mehr, wenn der Strom ausfällt? Ist ein elektronisches Schlüsselsystem wirklich sicher? Usw. usf.

Historische Erfahrungen mit resilientem Städtebau

Die städtebauliche Lösung kann die Krisenfestigkeit eines Wohnquartiers beeinflussen. Die aktuelle Tendenz zu höherer urbaner Dichte durch Nachverdichtung steht im Widerspruch zu historischen Erfahrungen des Siedlungsbaus in Reaktion auf Krisenzeiten.

- Die niedrige Dichte der bewunderten Siedlungen der 1920er Jahre und ihrer Gartenstadt – Vorläufer war keine Platzverschwendung, sondern hatte ihre Ursache in den notwendigen Gartengrößen, die für die Selbstversorgung notwendig waren und von Landschaftsplanern wie Leberecht Migge optimal ausgezirkelt wurden.
- Den Planern der großzügigen, nach den Prinzipien der aufgelockerten Stadtlandschaft errichteten Wohnanlagen der 1950er und 1960er Jahre ging es um Grün, Sonne, gesunde Wohnverhältnisse. Das Abstandsgrün zwischen den Wohnzeilen könnte sich noch als wertvolle Flächenressource erweisen – eben nicht nur für den Wohnungsbau, sondern für die Landwirtschaft und Gewerbeformen, die vielleicht erst im Entstehen sind.
- Die in der DDR industriell errichteten Wohngebiete hatten in der Regel jeweils eine großflächige Kleingartenanlage als Pendant. Hinzu kamen großflächige Garagenkomplexe. Der Garten und die Garage waren als Ergänzung der Wohnung Refugien der informellen Ökonomie in der Mangelwirtschaft der DDR.

- Generell sind die großen Kleingartenanlagen innerhalb der Großstädte nicht als Fremdkörper anzusehen. Sie waren vor dem Hintergrund ihres Potentials für die Selbstversorgung ein konstitutives strukturelles Merkmal, das beim Wachstum der Städte berücksichtigt wurde.

Generell ist festzustellen:

Resilienz im Städtebau wurde in der Vergangenheit durch großzügigen Umgang mit der Fläche angestrebt. Der Preis war ein Maß an Flächeninanspruchnahme auf grüner Wiese, der ökologisch wie ökonomisch immer problematischer wurde. Innenentwicklung und Reduzierung der Flächeninanspruchnahme wurden infolgedessen zum planerischen Leitbild, das breiten Konsens fand. Zudem versprachen sich Sozialwissenschaftler wie Planer seit Mitte der 1960er Jahre mehr „Urbanität durch Dichte“. Die großen Wohnstädte der 1970er und 1980er Jahre wurden vornehmlich nach diesem Leitbild erbaut.

Die innere Widersprüchlichkeit dieses Leitbildes wird in den Debatten um Klimaanpassung durch Städtebau deutlich. Einerseits sollen möglichst wenige Flächen auf grüner Wiese am Stadtrand verbaut werden – wer würde das nicht unterschreiben? Andererseits sind die Freiflächen und Frischluftschneisen innerhalb der Stadt unverzichtbare wertvolle Ressourcen für die Anpassung an den Klimawandel. Und eben auch für die Resilienz, für Robustheit und Flexibilität der Stadtstruktur.

III

Schlussfolgerungen für ergänzenden Wohnungsbau in großen Wohnsiedlungen

Für die großen Wohnsiedlungen in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten bedeutet das Thema Resilienz, eine Balance zu halten zwischen ergänzendem Bauen und Erhalt der Freiräume. Rein baurechtlich finden sich in den großen Wohngebieten ausreichend Flächen für zusätzlichen Wohnungsbau. Allerdings ist das Zusammenspiel zwischen dem im Vergleich zu anderen Siedlungsformen dichten Wohnen in kompakten Häusern und großzügigem Freiraum eine zentrale Qualität der Großsiedlungen, die nicht aufgegeben werden darf.

Qualitätsvolle öffentliche Freiräume sollten ebenso wie Kleingärten in der Regel Tabu – Räume für die Bebauung sein. Auch niedrig bebaute Garagenkomplexe, großflächige Stellplätze und eingeschossig bebaute Einkaufszentren sind, mit dem Blick der Resilienz betrachtet, nicht untergenutzte Un – Räume, sondern Flächenpotentiale, deren zukünftiger Nutzen noch ungewiss ist. Man kann sie nur einmal vielgeschossig bebauen.

Bei Bauvorhaben innerhalb bestehender Quartiere muss für die vorhandene Bevölkerung durch zusätzliches Bauen ein Mehrwert an Wohnqualität entstehen.

In der Studie „Bauen in Nachbarschaften“ hat das Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V. auf diese und weitere Bedingungen hingewiesen, die für den sensiblen Umgang mit dem Bestand an Menschen und an Gebäuden beim ergänzenden Bauen zu beachten sind.